

Die Angst des Arztes vor dem Pleitegeier

Podiumsdiskussion: vernichtende Kritik an der Wirtschaftlichkeitsprüfung für Mediziner

Von Wolfgang Braun

Brakel (WB). Unversehens stand die Tatsache, dass Ärzte wegen Budgetüberschreitungen in Regress genommen werden, im Mittelpunkt der gut besuchten Podiumsdiskussion zur Unterversorgung behinderter Kinder in der Brakeler Stadthalle.

Zu der Diskussion eingeladen hatte die Elterninitiative »Kinder brauchen therapeutische Maßnahmen«, vertreten durch Ralf Mertens. Er schilderte, wie seinem Sohn mit Down Syndrom von Ärzten wegen eines begrenzten Budgets therapeutische Maßnahmen wie Sprachtherapie und Krankengymnastik verweigert würden. »Die Kassen verweisen auf die Verantwortung für Therapie an heilpädagogische Einrichtungen, die fühlen sich aber nicht zuständig.«

Renate Hartwig, eine streitbare Publizistin aus Bayern, die mit einem Buch über die Scientology-Sekte für Aufsehen gesorgt hatte und jetzt eine bundesweite Kampagne für die Stärkung der »Bürgerpatientenrechte« initiiert, nannte es ein Verbrechen, dass behinderte Kinder nicht die Therapien und Hilfsmittel bekämen, die sie brauchten. Solche Missstände seien aber auch kein Wun-

der. Denn je länger sie sich recherchierend mit dem deutschen Gesundheitswesen befasse, desto mehr stelle sie fest, dass bei einem explodierenden Gesundheitsmarkt und dem Trend zur Privatisierung »mafiose Strukturen mit ihren Machtkartellen« herrschten. Denn: »Es geht ausschließlich um Geld und Macht.« Kein Mediziner dürfe nach der Heilmittelverordnung mehr entscheiden, was für Patienten notwendig sei, weil die Wirtschaftlichkeitsprüfung drohe und mögliche Regresszahlungen seine Praxis und seine Existenz ruinieren könnten. Deshalb blieben Patienten oft unterversorgt. Die Ärzte würden entmündigt. Aber: »Wir dürfen das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen – jung für alt, gesund für krank – nicht aufgeben«, mahnte sie.

»Ärzte und Patienten sitzen in einem Boot«, betonte der Allgemeinmediziner Dr. Tobias Lunemann, Marienmünster. Er kritisierte, dass ein »Keil zwischen Arzt und Patienten« getrieben werde. Auch er sprach von »mafiosen Strukturen«, in die Politik, Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen verwickelt seien. Die Schere zwischen dem, was medizinisch notwendig und dem, was als wirtschaftlich vertretbar angesehen werde, klaffe immer weiter auseinander. Der Arzt müsse sich entscheiden: Wolle er im Interesse

Renate Hartwig

»Wir dürfen das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen nicht aufgeben.«



Dr. Tobias Lunemann, Hausarzt



Martin Neubürger, Prüfungseinrichtungsleiter



Renate Hartwig, Autorin und Publizistin



Dr. Ulrich Thamer, Kassenärztliche Vereinigung

des Patienten – auch im Interesse von behinderten Kindern – handeln oder wolle er kein Risiko eingehen, wegen Budget-Überschreitungen bestraft zu werden.

»Die Kassenärztliche Vereinigung entwickelt sich immer stärker zum Gegner der niedergelassenen Ärzte«, stellte Dr. Ulrich Thamer, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, fest. Da Ärzte Angst haben vor Regressforderung, seien sie tief verunsichert.

Bei Ersatzansprüchen gehe es schließlich um Beträge von bis zu 100 000 Euro, bestätigte auch der Allgemeinmediziner Dr. Rainer van Elten. »Es ist so, als ob der Pleitegeier über der Praxis schwebt und man nie weiß, wann er herabstößt.« Auf schwer behinderte Kinder bezogen herrsche gerade in Ostwestfalen-Lippe eine

Unterversorgung.

Dagegen versuchte Martin Neubürger, Leiter der gemeinsamen Prüfungseinrichtungen der Ärzte und Krankenkassen in Westfalen-Lippe, das Problem zu relativieren. »Von 8500 Ärzten sind 300 in Regress gebeten worden, die vier Millionen Euro haben nachzahlen müssen.« Nach Widerspruchsverfahren hätten dann 200 Ärzte zwei Millionen Euro gezahlt. Die seien meist für »Wellness«-Verordnungen gewesen, sagte er auch unter Protest der im Saal anwesenden Physiotherapeuten und Vertreter anderer Heilberufe. Und: »35 Prozent der Ärzte liegen mit ihren verschriebenen Mitteln um 40 Prozent unter dem Durchschnitt« beschrieb er die Angst der Mediziner vor dem Regress.

»Von Wellness-Verordnungen zu sprechen ist ein nicht zu überbie-

tender Zynismus«, bemerkte Renate Hartwig. Lunemann erwähnte Fälle, in denen sich Patienten bei ihren Kassen die Verschreibungen haben genehmigen lassen, die Ärzte aber trotzdem nach der Wirtschaftlichkeitsprüfung dafür in Regress genommen worden seien. Das sind »Schuldbürgerstreiche«, meinte Dr. Thamer.

»Die Patienten müssen endlich in die Lage versetzt werden, ihre Krankenkassen wirkungsvoll zu kontrollieren«, stellte Renate Hartwig in ihrem Resümee, fest.

Thamer verwies darauf, dass die Kassenärztliche Vereinigung zusammen mit dem Ärzteverband Hartmannbund jetzt eine Unterschriftenkampagne gegen die »Verordnungsfesseln« initiiert habe. »Die Wirtschaftlichkeitsprüfung muss abgeschafft werden«, fordert er.